attac

Gegen Nationalismus und Hass:

Ein Europa für alle!



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

1 EUR 50

»Ein Europa für alle: Deine Stimme gegen Nationalismus!« – unter diesem Motto ruft ein breites Bündnis für den 19. Mai 2019 zu Großdemonstrationen in verschiedenen europäischen Städten auf, hierzulande in München, Hamburg, Berlin, Stuttgart, Frankfurt, Leipzig und Köln.

Attac unterstützt die Demonstrationen, die eine Woche vor der Wahl zum EU-Parlament ein deutliches Zeichen gegen die Positionen nationalistischer und rechtsextremistischer Parteien setzen werden. Denn diese nutzen den Wahlkampf, um gegen Menschen zu hetzen, die nicht ihren Vorstellungen einer weißen mitteleuropäischen, heterosexuellen Bevölkerung entsprechen, und um Hass und Vorurteile gegen Geflüchtete zu schüren. Es ist schlimm, dass die EU-Mitgliedstaaten das Sterben im Mittelmeer stillschweigend in Kauf nehmen. Doch Parteien wie der deutschen AfD, der österreichischen FPÖ, der italienischen Lega und der Nationalen Sammlungsbewegung in Frankreich reicht dies noch lange nicht aus. Sie wollen jeden kleinen Rest noch vorhandener Solidarität mit den Armen dieser Welt beseitigen und die Europäische Union zur Festung gegen Migrant*innen ausbauen.

Attac streitet hingegen für eine EU, die sichere Fluchtwege und das Recht auf Asyl garantiert, statt die Grenzmauern noch höher zu ziehen und Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Attac will eine EU, die sich für einen gerechten Welthandel und die Einhaltung von Menschenrechten über einen verbindlichen globalen »Binding Treaty« einsetzt, statt durch ihre Handels- und Klimapolitik immer neue Fluchtursachen zu schaffen.

Zunehmender Nationalismus und grassierender Rassismus sind nicht vom Himmel gefallen. Rentenkürzungen, unsichere Arbeitsverhältnisse, steigende Mieten und niedrige Löhne auf der einen und hohe Einkommen aus Kapitalvermögen auf der anderen Seite führen zu einer immer weiter aufgehenden Schere zwischen Arm und Reich. Als Folge einer jahrzehntelangen neoliberalen Politik zugunsten der Vermögenden und zulasten der Vielen schaffen sie Angst und Verunsicherung bei einem großen Teil der Bevölkerung. Deshalb reicht es nicht, zu verhindern, dass nationalistische und rechtsextremistische Parteien das EU-Parlament zu ihrer Bühne machen. Europa braucht eine andere, eine friedliche, eine soziale und ökologische Politik! Dafür werden im Mai viele Attacies auf die Straße gehen: gegen eine zunehmende Militarisierung der europäischen Außenpolitik, gegen Aufrüstung, Kriegseinsätze und Bestrebungen, die EU zu einer Militärmacht auszubauen. Gegen Klimakrise und Wachstumswahn, für einen Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, für die Ausweitung der Rechte von Arbeitnehmer*innen, für höhere Sozialstandards, das Recht auf eine angemessene Wohnung und auf Bildung. Kurz: für ein gutes Leben für alle.

Für ein solidarisches Europa, gegen Nationalismus und Hass: Wir sehen uns am 19. Mai auf der Straße!

Thomas Eberhardt-Köster, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

Gelbwesten in Frankreich

Bewegung für soziale Gerechtigkeit

Interview mit Aurélie Trouvé, Kopräsidentin von Attac Frankreich



»Ende der Welt, Ende des Monats – derselbe Kampf«, Foto: attac.fr

Aurélie, von Deutschland aus betrachten wir mit Erstaunen und ebenso vielen Fragen die Bewegung der Gelbwesten. Es ist schwierig, sich von hier aus ein Bild zu machen, denn die deutschen Medien berichteten vor allem von den Ausschreitungen bei den Demos in Paris.

Das ist erstaunlich, denn diese Bewegung spielt sich gar nicht so sehr in Paris, sondern in den kleinen und mittleren Städten ab. Und selbst wenn es an einigen Orten gewaltbereite Demonstrant*innen gab – die überwiegende Mehrheit der Aktionen lief gewaltfrei ab. Auf der anderen Seite gibt es eine Eskalation der Gewalt, die von der Regierung ausgeht. Sie hat den Polizisten ein Arsenal von gefährlichen Waffen in die Hände gegeben, insbesondere Flashballs und Tränengasgranaten. Es gab inzwischen Dutzende von Schwerverletzten und in Marseille sogar einen Todesfall als Folge der Polizeigewalt. Demonstrant*innen wurden Augen ausgeschossen und Hände abgerissen. Beobachter*innen sagen, dass es dieses Ausmaß von Gewalt von Seiten der Polizei seit dem Mai 1968 nicht mehr gegeben habe. Noch dazu bereitet die Regierung ein »Anti-Randalierer-Gesetz« vor, das ganz klar die Demonstrationsfreiheit einschränken wird. Nach den Jugendlichen in den Vorstädten haben in den letzten Jahren auch gewerkschaftliche Demonstrationen immer wieder das harte Vorgehen der Ordnungskräfte erfahren. Inzwischen haben die Leute Angst, demonstrieren zu gehen oder ihre Kinder mitzunehmen. Das ist auch eine Art, das Demonstrationsrecht einzuengen. Eine Menge Leute sind sich dessen bewusst geworden.

Viele Leute in Deutschland haben gezögert, sich mit den Gelbwesten solidarisch zu erklären, weil die extreme Rechte dort mitmischt.

Wir als Attac Frankreich haben genau das Gegenteil gemacht: Wir haben zwei Wochen nach den ersten Demostrationen eine Erklärung in den Medien initiiert, in der wir uns mit der Bewegung der Gelbwesten solidarisch erklärt haben. Diese Erklärung wurde von vielen Verantwortlichen von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und linken Parteien unterzeichnet. Viele Lokalgruppen von Attac haben an den Aktionen der Gelbwesten vor Ort teilgenommen, waren von Anfang an Teil der Bewegung. Die Tatsache, dass ein großer Teil der Linken in Frankreich die Bewegung unterstützt hat, hat vielleicht auch dazu beigetragen, dass sie nicht von der extremen Rechten vereinnahmt wurde. Die Forderungen der Gelbwesten beziehen sich ganz deutlich auf steuerliche und soziale Gerechtigkeit, identitäre Fragen spielen nur vereinzelt eine Rolle. Es ist wirklich eine breite Bewegung der einfachen Leute: von Menschen, die in der Prekarität leben, die sich von dieser Regierung der Reichen missachtet fühlen. Sie hatten und haben noch immer eine breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Was erwartet Attac Frankreich von der »großen nationalen Debatte«, die die Regierung als Reaktion auf die Forderungen der Gelbwesten angestoßen hat?

Nichts, um es einfach zu sagen. Wir haben von Anfang an die Art und Weise kritisiert, mit der diese Debatte installiert wurde, mit ihren vorgegebenen und einseitigen Fragen à la »Welche Steuern wollen sie senken? Welche öffentlichen Einrichtungen sollen gestrichen werden?«. Und wir werfen der Regierung vor, dass sie gleichzeitig zu dieser in Szene gesetzten Debatte eine ganze Reihe von extrem unsozialen Gesetzen vorbereitet: mit dem Ziel, den öffentlichen Sektor massiv einzuschränken und tausende Beamtenstellen abzuschaffen und die Arbeitslosenversicherung zu beschneiden. In einigen Monaten soll sogar ein Gesetz verabschiedet werden, das das Rentensystem von Grund auf reformieren und das Umlageprinzip in Frage stellen soll. Bereits im Haushalt 2019 wurden die Ausgaben für Krankenhäuser und andere öffentliche Einrichtungen gekürzt. Die nationale Debatte und die kleinen Zugeständnisse, mit denen die Regierung im Dezember versucht hat, die Situation zu beruhigen, sind alles Nebelkerzen, die davon ablenken sollen, dass diese Regierung ihr ultraneoliberales Programm knallhart durchzieht.

Wie schätzt du die künftige Entwicklung der Gelbwesten-Bewegung ein?

Diese Bewegung hält jetzt schon seit vier Monaten an, und selbst wenn sie im Moment nachlässt, hat sie schon jetzt die französische Gesellschaft geprägt. Es ist immerhin die einzige soziale Bewegung, die Macron zum Zurückweichen gebracht hat. Um das zu erreichen, bedurfte es einer breiten Mobilisierung und auch einer gewissen Radikalität. Es gibt in der Bevölkerung einen starken Diskurs gegen das System, das zeigt sich auch bei den Aktionen der Schüler*innen und Studierenden für das Klima. Die wollen ganz klar das System ändern, weil das aktuelle System den Klimawandel nicht aufhält. Die Wut in der Bevölkerung ist groß, deshalb denke ich, dass die Bewegung weitergehen wird, wenn vielleicht auch nicht in der Form der Gelbwesten. Leider schlägt sich das aktuell nicht bei den Wahlen nieder. Die Linke war noch nie so schwach und zersplittert. Deshalb muss der Widerstand gegen diese Regierung von den sozialen Bewegungen ausgehen. Und hier hat Attac Frankreich eine wichtige Rolle zu spielen: indem wir die verschiedenen Akteure – Gewerkschaften, NGOs, zivilgesellschaftliche Gruppen und Bürgerbewegungen – zusammenbringen und gemeinsam gegen die Reformen Macrons mobilisieren.

Interview: **Lena Bröckl**

Schrumpfende Räume für die Zivilgesellschaft

Der »Shrinking Civic Space« ist in Deutschland angekommen



Foto: Philip Eichler

Seit Jahren werden deutsche Politiker*innen und Kommentator*innen nicht müde, den »Shrinking Civic Space«, den sich verengenden Handlungsraum für bürgerschaftliches Engagement in Ägypten, China, Russland, der Türkei oder Ungarn zu beklagen – zugleich aber zu betonen, in Deutschland sei alles ganz anders. Spätestens seit Ende Februar gilt dies nicht mehr. Indem der Bundesfinanzhof in letzter Instanz die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac bestätigt hat, sind den Finanzbehörden, Bundes- und Landespolitiker*innen, von denen viele nur darauf gewartet haben, Tür und Tor geöffnet, um politische Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf diese Weise abzuwürgen oder jedenfalls zu behindern. Es geht zwar vordergründig um Steuern, denn der steuerliche Status der Gemeinnützigkeit hat sich über Jahrzehnte zum primären Definitionsmerkmal einer zivilgesellschaftlichen Organisation entwickelt – in Wirklichkeit aber um viel mehr.

Worum geht es wirklich? Unter Berufung auf eine Verwaltungsanordnung, also eine ohne Mitwirkung des Parlaments erlassene rechtliche Regelung, wonach als steuerbegünstigt anerkannte Organisationen nur »nebenbei« politisch tätig werden dürfen, entzog das Finanzamt Frankfurt 2014 Attac diesen Status mit der Begründung, Attac sei fast ausschließlich politisch tätig und dies sei den Parteien vorbehalten. Das Pikante daran war, dass diese Regelung nach diversen Spendenskandalen erlassen wurde, um es den politischen Parteien schwerer zu machen, über Unterstützungsvereine die Höchstgrenzen der zulässigen Parteienfinanzierung zu umgehen.

Bis zum Fall Attac war diese Regelung kaum noch jemandem gegenwärtig. Dagegen hatte sich in den letzten Jahrzehnten insofern ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel vollzogen, als die im Grundgesetz angelegte Rolle der politischen Parteien bei der »Willensbildung des Volkes«, die diese über Jahrzehnte zu einem Oligopol ausgebaut hatten, den Anforderungen einer modernen Demokratie nicht mehr entsprach und zunehmend bröckelte.

Spätestens seit Beginn des 21. Jahrhunderts beanspruchte die Zivilgesellschaft, die sehr heterogene Arena bürgerschaftlicher Bewegungen, Organisationen und Institutionen, ein ständiges politisches Mandat, das sie durch Initiativen und Stellungnahmen zu politischen Themen ebenso wahrnahm wie durch Demonstrationen und Kampagnen. Es war ein grundsätzliches Dilemma entstanden, dem sich Regierungen und Parlamente hätten widmen müssen. Während wohlgelittene große Stiftungen und Verbände nach wie vor unbehelligt ihre Arbeit tun konnten, machte sich kaum jemand grundsätzliche Gedanken darüber, dass die Zukunft unserer Demokratie wesentlich von der Wächter-, Themenanwalts- und Mitgestaltungsarbeit der zivilgesellschaftlichen Kollektive abhängt, und welche Konsequenzen der Gesetzgeber daraus ziehen sollte. Es galt weiter, was schon vorher gegolten hatte: Zivilgesellschaft ist gut, wenn sie durch billige Dienstleistungen dem Staat zu Diensten ist; sie ist schlecht, wenn sie diesen Staat politisch herausfordert – es sei denn, dies geschieht in fernen Ländern.

An einem unbequemen, weil immer wieder den Staat herausfordernden Verein wie Attac glaubt man nun, ein Exempel statuieren zu können, um die Flut einzudämmen, die droht, die Privilegien der von Ideenarmut, Führungsschwäche, Vertrauensverlust und Mitgliederschwund gebeutelten politischen Parteien hinwegzuschwemmen.

Wie können die Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft so verändert werden, dass ihr Handlungsraum nicht schrumpft, dass sie nicht bedrängt wird, dass sie ein politisches Mandat wahrnehmen kann und dass die für sie geltenden Regeln nicht von Parteien missbraucht werden können? Seit vielen Jahren liegen hierzu Überlegungen und Vorschläge auf dem Tisch. Dazu wäre es allerdings notwendig, mit dem jahrzehntealten Grundsatz zu brechen, wonach die Finanzverwaltung das Heft in der Hand hat, wenn es darum geht zu definieren, was dem Gemeinwohl dient und was nicht.

Bisher hat diese sich immer mit großem Erfolg gegen eine grundsätzliche Revision des Gemeinnützigkeitsrechts gewehrt. Und obwohl seit 1998 jede Koalitionsvereinbarung eine Absichtserklärung dazu enthielt, hat auch kein Bundestag etwas Wesentliches in diese Richtung unternommen. Es ist kaum zu glauben: Im Jahr 2019 äußert sich Deutschlands neue Verantwortung in der Welt, Deutschlands Führungsrolle in Europa, Deutschlands Beitrag zur Verteidigung der offenen Gesellschaft, der Demokratie, der Herrschaft des Rechts und der Menschen- und Bürgerrechte darin, dass die deliberative Demokratie, die auf Mitwirkung und Beteiligung der Menschen aufbaut, bedrängt und beschränkt wird. Über die Herren Erdogan und Orban die Nase zu rümpfen, ist jedenfalls scheinheilig, wenn auch in Deutschland, wenngleich vielleicht etwas subtiler, ein »Shrinking Civic Space« vorsätzlicher Gegenstand praktischer Politik, Verwaltung und Rechtsfindung ist.

Ein Trost bleibt: Offenkundig ist die Zivilgesellschaft so stark, dass manche Systembewahrer*innen Angst vor ihr bekommen haben und ihren Handlungsraum beschränken wollen. Dies wird, wie alle Erfahrungen zeigen, nicht gelingen. Sie sollte sich also nicht entmutigen lassen – mit und ohne Segen vom Finanzamt.

Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Institut

Dieser Kommentar ist eine stark gekürzte Fassung der Stellungnahme des Autors zur Entscheidung des Bundesfinanzhofs

Attac startet Kampagne für Verkehrswende

Einfach.Umsteigen – Mobilität für alle!



Motiv aus dem Kurzfilm »Die Wachstumsmaschine«

Zehntausende Schüler*innen weltweit streiken seit Wochen jeden Freitag und demonstrieren unter dem Motto »Fridays for Future« für eine andere Klimapolitik. Beim globalen Aktionstag am 15. März gingen Kinder und Jugendliche in 50 Ländern auf die Straßen. Allein in Deutschland gab es in mehr als 150 Städten Schulstreiks und Proteste. Die Schüler*innen fordern einen radikalen Bruch mit der heutigen Produktions-, Konsum- und Lebensweise, um den Klimakollaps zu verhindern. Zu Recht.

Denn wenn wir die natürlichen Ressourcen schonen und gleichzeitig ein gutes Leben für alle Menschen ermöglichen wollen, muss das profit- und konkurrenzgetriebene Wachstumsmodell ersetzt werden durch ein kooperatives Wirtschaften und Zusammenleben.

Verkehrswende ist Teil der sozial-ökologischen Transformation

Neben einer Energie- und Agrarwende und neben einer industriellen Abrüstung brauchen wir dazu auch eine Mobilitätswende. Der Verkehrssektor ist Deutschlands größter Energieverbraucher und mit etwa 25 Prozent zweitgrößter Emittent von Treibhausgasen. Anders als in anderen Wirtschaftsbereichen wachsen im Straßen-, Schiffs- und Luftverkehr die klimaschädlichen Emissionen weiter an. Die Gesundheitskosten sind enorm. Während die Bundesregierung sich zum Büttel der Autoindustrie macht, wächst die Kritik am ungesunden, klimazerstörenden und sozial ungerechten Verkehrssystem.

Neue Mobilität nicht den Konzernen überlassen!

Große Konzerne versuchen, den Mobilitätsmarkt der Zukunft nach ihren Profitinteressen zu gestalten, sowohl bei künftigen Mitfahrsystemen als auch beim autonomen Fahren. IT-Konzerne wie Google nutzen ihre Chancen und investieren in das »Auto als IT-Produkt«, um sich die massiv anfallenden Daten zu sichern. Klassische Autokonzerne, denen ein Teil ihrer Wertschöpfungskette durch den Elektroantrieb wegbricht, antworten mit verstärkter Kooperation wie jüngst Daimler und BMW.

Wir dagegen wollen eine Mobilität durchsetzen, die frei von Profitinteressen, platz- und ressourcenschonend, allen zugänglich und gemeinwirtschaftlich organisiert ist. Eine Eins-zu-eins-Umwandlung in individuelle Elektromobilität ändert dabei nichts am verschwenderischen Naturverbrauch und der Unwirtlichkeit der Städte.

Lebenswerte Umwelt und Mobilität für alle!

Schlechte Luft, Lärm, Stau und der Diebstahl von Raum durch parkende Autos haben lange genug Lebensqualität in den Städten zerstört. Auf dem Land zwingen fehlende Verkehrsanbindungen den Menschen weiterhin Privatautos auf, nicht zuletzt, weil die Bahn ihren Beförderungsauftrag dem Profitinteresse geopfert hat.

Wir stellen den motorisierten Individualverkehr infrage und setzen auf den Ausbau eines gemeinwirtschaftlichen, klimaneutralen Verkehrssystems. Dazu gehört ein kostenfreier Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in den Städten, unterstützt von gemeinwirtschaftlich organisiertem »Ride-sharing«. Für die »Stadt der kurzen Wege« sind Fuß- und Radwege auszubauen. Dazu gehört ein dichtes Verkehrsnetz auf dem Land, ergänzt durch »On Demand«-Verbindungen. Und dazu gehört der Ausbau des Schienen- und der Rückbau des klimaschädlichen Luftverkehrs.

Gesellschaftlich ist ein Umdenken zu spüren. In den Städten ersetzt das Prinzip »Nutzung statt Eigentum« zunehmend das Auto als Statussymbol. Initiativen wehren sich gegen autogerechte Städte oder fordern bessere öffentliche Anbindungen. Eine Stadtplanung, die rigide Arbeiten und Wohnen trennt, wird infrage gestellt. Daraus ergeben sich für Attac Anknüpfungspunkte und Bündnispartner*innen für eine radikale Mobilitätswende.

Reduktion von Güterverkehr ist Teil der Wachstumswende!

Ursache des wachsenden Güterverkehrs ist die globale Ausweitung von Produktions- und Lieferketten, die der Logik grenzenlosen Profits und Wachstums folgt. Diese internationale Arbeitsteilung hat die Welt nicht solidarischer gemacht, sondern vielmehr – ohne Rücksicht auf Naturressourcen – soziale Spaltungen vertieft. Darum setzen wir uns für die Reduktion des Güterverkehrs und mehr regionales, solidarisches Wirtschaften ein. Dafür muss der Ausbau von Infrastruktur wie Autobahnen, Flughäfen, Flussvertiefungen oder LKW-Logistikzentren gestoppt werden. Weil wir damit die gesamte »imperiale Lebensweise« infrage stellen, ist dies ein schwieriges und langfristiges Projekt.

Die Attac-Kampagne »Einfach.Umsteigen – Mobilität für alle« startet nach dem Attac-Frühjahrsratschlag am 6. und 7. April in Köln mit ersten Aktionen. Wichtig ist dabei ein gutes Zusammenspiel mit den örtlichen Aktivitäten der Attac-Gruppen.

Gemeinsam können wir einem guten Leben für alle ein Stück näherkommen – sozial gerecht und ökologisch tragfähig.

Achim Heier, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

Plattformökonomie, Big Data und Co.

Digitalisierung geht uns alle an

Digitalisierung, Big Data, Plattformökonomie. Die Stichworte sind bekannt, doch welche Bedeutung haben diese Prozesse für unsere Zukunft? Warum sollten sie uns als Globalisierungskritiker*innen und allgemein politisch engagierte Menschen umtreiben? Die Kurzfassung der Antwort lautet: Weil jetzt die Weichen für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung gestellt werden, die wir in Ewigkeiten nicht mehr ändern können, wenn wir es nicht sofort angehen. Denn der Prozess der Digitalisierung verläuft immer schneller und betrifft immer mehr Bereiche unseres Berufs- und Alltagslebens.

Selbstverständlich gehen die meisten Menschen nach wie vor morgens zur Arbeit, erfüllen dort Aufgaben und kommen abends zurück. Aber bereits heute findet ein erheblicher Anteil der ökonomischen Tätigkeit auf sogenannten Plattformen statt. Das sind (nicht unbedingt physische) Orte oder Gelegenheiten, wo – nicht nur, aber vor allem – Anbieter*innen und Nachfrager*innen von Dienstleistungen, Qualifikationen und Waren zusammenkommen.

Auch innerhalb des Betriebs und zwischen den Unternehmen werden auf diese Weise Aufgaben verteilt. Während dieser Text geschrieben wurde, haben Daimler und BMW eine gemeinsame Plattform vorgestellt, auf der sie sich als Mobilitätsdienstleister der Zukunft positionieren, die nebenher auch noch Autos bauen. VW betreibt dasselbe mit Microsoft. Beide sind »für Erweiterungen offen«.

Auch scheinbar reine Kommunikationsplattformen wie die sozialen Medien sind davon durchdrungen – und das wichtigste Handwerkszeug für die Plattformökonomie, das Smartphone, ist in aller Hände.

Damit ist die Plattformökonomie zum ersten Mal eine wirklich globale Ökonomie. Der industrielle Kapitalismus hatte den Weltmarkt vor allem für Waren geschaffen. Der neoliberale Kapitalismus setzte eine weltweite Arbeitsteilung mit globalen Produktions-, Liefer- und Wertschöpfungsketten durch. Und der digitale Kapitalismus erlaubt die Teilnahme am Weltmarkt in allen Rollen an jedem Ort der Welt, sofern man denn etwas anbieten oder nachfragen kann.

Ohne auf die Widersprüchlichkeit des Prozesses eingehen zu können, sind drei Feststellungen möglich:

- Arbeit ohne Plattformen gibt es noch, vielleicht überwiegt sie rein quantitativ sogar noch, aber sie wird weniger bedeutsam. Das Gesellschaft und Wirtschaft antreibende Moment ist die Plattform.
- Dieser Prozess geht immer schneller und betrifft immer mehr Bereiche unseres Lebens.
- Die dabei anfallenden Daten sind bisher überwiegend Basis für die Geschäftsmodelle der Internetunternehmen (Stichwort Big Data) und bergen ein gigantisches Potenzial für Missbrauch. Sie könnten aber auch die Grundlage umfassender, rationaler gesellschaftlicher Planungsprozesse sein.

Es ist vor allem dieser letzte Punkt, der uns als Attac beschäftigen sollte. Demokratie verändert sich in der digitalen Gesellschaft. »Soziale Medien«, »das Netz«, »Influencer« sind nicht nur mächtige, sondern auch völlig neue Teilnehmer*innen beziehungsweise Teilnahmemöglichkeiten im politischen Geschehen und bisher weitgehend außerhalb gesellschaftlicher Regulierung.

Dazu kommt, dass die Geschwindigkeit der laufenden Digitalisierungsprozesse rasch zunimmt. Das zwingt uns, über Fragen nachzudenken, die scheinbar weit in der Zukunft liegen, tatsächlich aber heute schon beantwortet werden (müssen). Dazu einige Beispiele:

- Wenn Mobilität zukünftig digital organisiert werden wird, dann müssen wir bereits heute verhindern, dass das Konzept autonomen Fahrens Konzernen überlassen wird. Öffentlicher Verkehr muss heute schon digital und größer als lokal gedacht werden.
- Wenn Google und Amazon nach Gesundheitsdaten greifen und als Anbieter von Gesundheitsleistungen ebenso wie als Versicherer ins Gesundheitswesen drängen, dann lässt sich dessen endgültige Verwandlung in rein kommerzielle Märkte nur noch verhindern, wenn wir dem jetzt einen Riegel vorschieben.
- Wenn Arbeitstätigkeiten kurzfristiger, flexibler, selbstständiger werden, dann sind gesamtgesellschaftliche Systeme sozialer Sicherung für alle Menschen unabdingbar.

Für Panik vor der Digitalisierung besteht dennoch kein Anlass. In vielerlei Hinsicht ist sie eine Fortsetzung bekannter Trends und Entwicklungen. Damit haben viele unserer Überlegungen und Alternativvorschläge zum neoliberalen Kapitalismus weiterhin Bestand. Angesichts der exponentiellen Beschleunigung digitaler Prozesse sind wir jedoch gefordert, uns weitblickend und umfassend auf tiefe gesellschaftliche, ökonomische und soziale Umbrüche einzustellen.

Werner Rätz, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis, schreibt gerade mit Dagmar Paternoga und Dominik Piétron an einem Attac-Basistext »Eine andere Digitalisierung ist möglich«, der im Mai erscheint.



Foto: Boffy b / commons.wikimedia.org



»Proteste gegen Polizeigesetze«, Foto: attac.de



»Aktionstage Menschenrechte statt Profite«, Foto: Attac Bamberg

Rückblick

27. Oktober 2018

Ende Gelände legt das rheinische Braunkohlerevier lahm

Im rheinischen Braunkohlegebiet gehen 6.500 Aktivist*innen in die Grube für den schnellen Ausstieg aus der Kohle, darunter auch viele Attac-Aktivist*innen. Mit Aktionen des zivilen Ungehorsams blockieren sie Schienen, Zufahrten oder Bagger, um die Kraftwerke von der Kohlezufuhr abzuschneiden.

2. bis 4. November 2018

Herbstratschlag in Frankfurt

Das höchste Entscheidungsgremium des Attac-Netzwerkes ist im Herbst in Frankfurt am Main zu Gast. Der Ratschlag entscheidet, im kommenden Jahr zwei Schwerpunkte zu setzen: eine Kampagne für eine sozial-ökologische Zukunft und eine zweite für ein solidarisches Europa. Zudem wählen die Delegierten den bundesweiten Rat und den Koordinierungskreis von Attac.

16. November 2018

Attac skandalisiert Besuch von Olaf Scholz bei der Euro Finance Week

Der Finanzminister trifft sich lieber bei Sekt und Häppchen mit Vertreter*innen der Finanzwirtschaft, statt aktiv Steuerbetrug und -vermeidung in Milliardenhöhe zu bekämpfen oder eine Reform des Finanzsystems voranzutreiben. Als Bankmanager*innen und Olaf Scholz verkleidete Attac-Aktive begrüßen die Gäste der Euro Finance Week und fordern, den Steuerraub zu stoppen.

26. November 2018

Protest gegen den G20-Gipfel in Buenos Aires

Unter dem Motto »G20 und IWF raus« protestiert ein breites Bündnis in Argentiniens Hauptstadt gegen die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und den G20-Gipfel. Insgesamt gehen 50.000 Menschen bei der Großdemo auf die Straße. Vorne mit dabei ist Attac Argentinien, und auch Attac Deutschland schickt ein Jahr nach den Hamburger Gipfelprotesten eine Botschaft der Solidarität.

1. Dezember 2018

Doppel-Demo »Kohle stoppen!« in Berlin und Köln

Zum Weltklimagipfel in Kattowice protestieren Menschen in über 100 Städten auf der ganzen Welt, so auch in Berlin und Köln. Mehr als 36.000 Menschen gehen in beiden Städten für wirksamen Klimaschutz und einen schnellen Kohleausstieg auf die Straße. Mit den Demos setzt die Klimabewegung die Mobilisierungserfolge im Hambacher Forst fort und die Bundesregierung unter Druck, endlich wirksam für den Klimaschutz einzutreten.

3. Dezember 2018

Aus für die Finanztransaktionssteuer

Vor dem Gipfel der EU-Finanzminister*innen hat Attac mit mehr als 100 Bündnispartner*innen Bundesfinanzminister Scholz noch aufgefordert, sich für die Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Doch die Finanzlobby setzt sich durch: Obwohl der Europäische Rat die Einführung der Steuer schon 2009 zum Ziel erklärt hatte, begraben die Minister*innen die Pläne für eine echte europäische Finanztransaktionssteuer.

9. Dezember 2018

10.000 bei Protesten gegen Polizeigesetze

In Düsseldorf und Hannover gehen mitten im Weihnachtstrubel mehr als 10.000 Menschen gegen die neuen Polizeigesetze in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auf die Straße. Der Attac-Block in Düsseldorf wählt diesmal den Nikolaus als Aktionsbild: Wer herumschleicht, vermummt ist und notorisch die Identität verweigert, muss nach dem neuen Polizeigesetz ein Gefährder sein.

10. Dezember 2018

Aktionstage Menschenrechte statt Profit

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte feiert 70ten Geburtstag. Doch auch heute werden Menschenrechte massiv verletzt, insbesondere von transnational agierenden Konzernen. Mit dezentralen Aktionen unter dem Motto »Menschenrechte vor Profit!« fordern Attac-Gruppen, die Wirtschaft endlich in die Pflicht zu nehmen.

12. Januar 2019

Proteste gegen AfD-Europaparteitag

Die AfD versammelt sich im sächsischen Riesa zu ihrem Europaparteitag – aber nicht ungestört. Attac mobilisiert im Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« zum Protest gegen die menschen- und umweltfeindliche Politik der neuen Rechten.

19. Januar 2019

Agrarwende-Demo »Wir haben es satt!«

Unter dem Motto »Diese Wirtschaft kostet Leben. Menschenrechte durchsetzbar machen!« läuft der Attac-Block bei der Demonstration »Wir haben es satt!« in Berlin mit. Auf der Demo fordern 35.000 Menschen und ein breites gesellschaftliches Bündnis aus mehr als 50 Organisationen, der Agrarindustrie den Geldhahn abzudrehen.

22. Januar 2019

Kampagne gegen Konzernklagerecht startet

Anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos starten über 150 Nichtregierungs-



»Aktionstage Menschenrechte statt Profite«, Foto: Stephanie Handtmann



Aktion bei der Konferenz »Bildung Macht Zukunft« Foto: attac.de

organisationen aus 23 EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Kampagne gegen Konzernklagerechte in Freihandelsverträgen. Inzwischen hat über eine halbe Millionen Menschen online für die Kampagne unterschrieben.

1. bis 10. Februar 2019
Aktionswoche zum Kohlekompromiss
Attac-Aktive beteiligen sich an der Aktionswoche »Kohle stoppen! Klima schützen!« des Bündnisses »Ende Gelände«, denn der sogenannte Kohlekompromiss bedient vor allem die Interessen der Energiekonzerne. Wenn Deutschland das Klimaziel von Paris erreichen will, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssen spätestens 2030 die letzten Kohlekraftwerke stillgelegt sein.

16. Februar 2019
Auf der Straße gegen die Sicherheitskonferenz
In München demonstrieren 3.500 Menschen gegen die sogenannte Münchener Sicherheitskonferenz. Der diesjährige Protest steht unter dem Motto »Frieden statt Aufrüstung! – Nein zum Krieg!«. Das Münchener Gewerkschaftshaus beherbergt das ganze Wochenende eine Friedenskonferenz als Alternativprogramm zum Rüstungsringelreihen.

21. bis 24. Februar 2019
Konferenz Bildung Macht Zukunft
Gemeinsam mit vielen Partner*innen lädt Attac zur Konferenz »Bildung Macht Zukunft« nach Kassel. Mehr als 60 Workshops drehen sich um das »Lernen für die sozial-ökologische Transformation«. Das soll einen Beitrag zu gesellschaftlicher Veränderung leisten, Politikvorschläge einbringen und gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen.

26. Februar 2019
Bundesfinanzhof spricht Attac Gemeinnützigkeit ab
Der Bundesfinanzhof hebt das Urteil der ersten Instanz, dass die Gemeinnützigkeit von Attac bestätigte, auf und verweist den Fall an das Hessische Finanzgericht zurück. Das ist ein verheerendes Signal für die gesamte kritische Zivilgesellschaft in Deutschland. Gemeinnützigkeit darf nicht auf apolitische Wohltätigkeit beschränkt werden.

8. März 2019
Frauen*Streik
Weltweit streiken Frauen am Frauenkampftag für ihre Rechte. Denn es sind vor allem Frauen, die unter globaler Ausbeutung leiden. Doch wenn sie nicht arbeiten, steht die Welt still. Auch die Attac-Frauen beteiligen sich mit einer Aktion im Frankfurter Bankenviertel und in zahlreichen regionalen Bündnissen.

30. März 2019
Regionaltreffen der nordeutschen Attac-Gruppen
Im Kulturwerk Nienburg kommen die norddeutschen Gruppen zum Regionaltreffen zusammen. Neben dem Schwerpunktthema sozial-ökologische Transformation gibt es zahlreiche Workshops von Gemeinwohlökonomie bis zur Datenschutzschulung.

Ausblick

6. und 7. April 2019
Attac Frühjahrsratschlag
Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium des Attac-Netzwerkes. Die Aktiven legen die inhaltlichen Schwerpunkte der kommenden Monate fest. Am 6. und 7. April ist der Frühjahrsratschlag in der Alten Feuerwache (Melchiorstraße 3) in Köln.
www.attac.de/ratschlag

19. Mai 2019
Demos »Ein Europa für alle: Deine Stimme gegen Nationalismus!«
In sieben deutschen Städten gehen an diesem Tag Menschen für ein solidarisches Europa und gegen Nationalismus auf die Straße: in Hamburg, Berlin, Köln, Leipzig, Frankfurt, Stuttgart und München. Attac gehört dem Trägerkreis des breiten Demo-Bündnisses an. Auch in anderen europäischen Ländern sind für diesen Tag Proteste gegen Austerität und Nationalismus geplant.

29. Mai bis 2. Juni 2019
Aktionsakademie in Augsburg
Die fünftägige Aktionsakademie von Attac ist *die* Veranstaltung für die aktivistische Aus- und Weiterbildung der sozial-ökologischen Bewegung. Denn kreativer Protest will gelernt sein. Als Mitveranstalter diesmal dabei ist das Augsburger Öko-Sozial-Projekt.
www.attac.de/aktionsakademie

31. Juli bis 4. August 2019
Sommerakademie in Bochum
Die Sommerakademie ist die zentrale Bildungsveranstaltung von Attac. Sie bietet Vorträge, Diskussionen und Workshops zu Themen der Globalisierungskritik und aktuellen Entwicklungen – für Neueinsteiger*innen ebenso wie für alte Attac-Häs*innen. Unter dem Oberthema »Vom Leben auf Kosten anderer zum guten Leben für alle!« lädt das Netzwerk in diesem Jahr in die Erich-Kästner-Schule nach Bochum ein.

Weitere Infos unter:
www.attac.de/veranstaltungen

Frauen*streik am 8. März

»Wenn wir nicht arbeiten, steht die Welt still«



Foto: Stephanie Handtmann

Zum Internationalen Frauentag am 8. März fanden weltweit Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen statt. Ihr Motto: »Wenn wir die Arbeit niederlegen, steht die Welt still«. Überall, auch in Attac, legten Frauen an diesem Tag die Arbeit nieder. Das orange Streikkommando von Lila Luxemburg, eine Gruppe von Attac-Frauen, rückte im Frankfurter Bankenviertel einem unsäglichen Phallussymbol zu Leibe: Mit einer überdimensionalen Schere stutzten sie die Statue »Inverted Collar and Tie« symbolisch zurecht.
Der folgende Beitrag basiert auf der Rede des Streikkommandos bei dieser Aktion.

Am 8. März sind zahlreiche Frauen* auf die Straße gegangen, darunter Attacies* in Frankfurt, Attacies* in den Bündnissen in ihrer Region. Keine*r ist aus dem Einsatz für eine bessere Welt wegzudenken: Wir sind Denker*innen, Expert*innen, wir sind Aktivist*innen und wir kümmern uns. Um Protokolle, um Übernachtungsplätze, Spüldienste, um die Sorge für die Menschen in der Bewegung, um die Frage, wie es der*dem Einzelnen geht – bevor Reden geschwungen werden. Wenn die Verhältnisse Menschen erdrücken, sind wir aktiv in praktischer Solidarität. Und einige haben kaum Zeit, Visionen zu zeichnen – selbst wenn sie ausgefeilt sind. Ein Konzern, der sämtliche unbezahlte Sorgearbeit organisieren würde, hätte einen Jahresumsatz, der 43-mal so hoch ist wie der Umsatz von Apple.
Am 8. März bestreiken Frauen* ausbeuterische Betriebe, eine Wirtschaft, die den Profit über Menschen- und vor allem Frauen*rechte stellt, eine Konsumindustrie, die sexistische Klischees bedient – weil es sich leider immer noch lohnt, uns wie Objekte zu bewerten.
Die Zustände, die uns zum Widerstand bewegen, herrschen weltweit. Daher wollen wir einer Erzählung Raum geben:

»Ihr Name war Afrika. {…} Seiner war Europa. {…} Er kolonisierte sie, beutete sie aus, brachte sie zum Schweigen, und noch Jahrzehnte nachdem das angeblich alles vorbei war, griff er willkürlich in ihre Angelegenheiten ein. {…} Ihr Name war SIE, aber was gehörte ihr? Sein Name war ER, und er ging davon aus, dass alles ihm gehörte und er sie nehmen konnte, ohne zu fragen und ohne Konsequenzen befürchten zu müssen.«
Wir, die Streikenden Frauen* in Attac beziehen uns auf einen Text von Rebecca Solnit: »Welten kollidieren in einer Luxussuite. Einige Gedanken zum IWF, zur globalen Ungerechtigkeit und zu einem Fremden in der U-Bahn«. Der Text entstammt einer Essaysammlung »Wenn Männer mir die Welt erklären«[1]. Wir empfehlen den Text und das Buch von Herzen und mit Verstand.
Rebecca Solnit bezieht sich auf einen mutmaßlichen Vorfall aus dem Jahr 2011: Nach allem, was Frau* erfahren konnte, hatte Dominique Strauss-Kahn, der damals amtierende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), versucht, in der Luxussuite eines New Yorker Hotels ein Zimmermädchen afrikanischer Herkunft zu vergewaltigen.

»Ihr Name war Afrika. Sein Name war IWF.«
Unsere Kämpfe richten sich gegen globale Prozesse, die zerstörerisch sind. Und wenn wir von globaler Ausbeutung sprechen, sind es weltweit in erster Linie Frauen*, die darunter leiden.

»Es ist eine uralte Geschichte, die allerdings in den letzten Jahren einen etwas anderen Verlauf genommen hat. Fundamente geraten ins Wanken, die das fraglos dringend nötig hatten.«
Strauss-Kahn ist 2011 aus dem Flugzeug gezogen und angeklagt worden, ein aus Afrika zugewandertes Zimmermädchen hat seine Karriere (vorläufig) beendet.

»Ihr Name war der Globale Süden. Sein Name war der Washington Consensus. Aber seine Erfolgsserie näherte sich dem Ende, und ihr Stern war im Aufsteigen begriffen.«
Seit den Anti-Globalisierungs-Protesten in Seattle sind wir Teil eines globalen Aufstands gegen die Ausbeutung von Menschen, die ihre Formen ändert, aber bis heute nicht endet. Wenn wir für einen Vorrang von Menschenrechten vor dem Profit kämpfen, geht es fast überall vor allem um ausgebeutete Frauen*.
Strauss-Kahn konnte weiter in verantwortlichen Positionen im Bankensektor arbeiten. Nafissatou Diallo, das Zimmermädchen, wurde zum Schweigen verpflichtet. Unser Einsatz für eine bessere Welt ist kein einfacher. Aber mehr denn je sind es Frauen*, die heute erfolgreich in den herrschenden Diskurs intervenieren.

»Sein Name war Privileg, doch ihr Name war Möglichkeit. Seine Geschichte war die altbekannte, ihre hingegen war die neue, die von der Möglichkeit handelte, die uns alle betrifft und die wir in den kommenden Wochen, Monaten, Jahren, Jahrzehnten {…} mitgestalten und erzählen werden.«
Wir denken an Emma Gonzalez, wenn es um schärfere Waffengesetze geht. Wir denken an Alexandria Ocasio-Cortez, wenn eine hohe Besteuerung von Reichtum selbst in den USA auf einmal mehrheitsfähig wird. Und wir denken an Greta Thunberg, die weltweit Hunderttausende mobilisiert und Millionen bewegt: Die Zukunft gehört uns allen – wenn wir uns endlich gleichberechtigt für sie engagieren können.

Oranges Attac-Streikkommando
Lila Luxemburg

[1] btb Verlag in der Verlagsgruppe Random House GmbH, München, 3. Auflage, Februar 2017, S. 61–79, ebd.

Fragwürdiges Urteil des Bundesfinanzhofs

»Zu politisch!«

Die zentralen Passagen aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs zur Gemeinnützigkeit von Attac lauten: *»Wer politische Zwecke durch Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung verfolgt, erfüllt keinen gemeinnützigen Zweck.«* Und: *»Bei der Förderung der Volksbildung hat sich die Einflussnahme auf die politische Willensbildung … auf bildungspolitische Fragestellungen zu beschränken.«*

Mit dieser Einschätzung widerspricht der BFH vollkommen dem Hessischen Finanzgericht in Kassel, das Attac im Herbst 2016 auf ganzer Linie Recht gegeben hatte und die Frage der Bildung folgendermaßen einschätzte:

»Politische Bildung ist Teil des gemeinnützigen Zwecks der Volksbildung. Sie muss sachlich und möglichst umfassend informieren und dabei zur Schaffung und Förderung der politischen Wahrnehmungsfähigkeit und des politischen Verantwortungsbewusstseins führen. Dabei ist nicht nur die Darstellung des Status quo erlaubt, sondern es ist vielmehr geboten, gesellschaftspolitische Themen aufzugreifen und auch Alternativen aufzuzeigen. Die Information … braucht sich nicht nur auf theoretische Unterweisungen zu stützen, vielmehr kann die Information auch durch einen Aufruf zu konkreten Handlungen ergänzt werden und mit bestimmten Forderungen verknüpft sein.«

Die einander entgegengesetzten Urteile der beiden Gerichte machen erneut deutlich, wie schlecht es in Deutschland um die Rechtssicherheit für gemeinnützige Vereine bestellt ist, die sich für die Allgemeinheit engagieren: Die unklare rechtliche Grundlage eröffnet einen immensen Interpretationsspielraum für die Finanzämter, wenn sie die Aktivitäten eines Vereins hinsichtlich dessen Gemeinnützigkeit beurteilen. Der Kern der Auseinandersetzung besteht also in der Frage der Auslegung, was »politische Bildung« darf und was nicht und wie sehr sie sich in »tagespolitische« Debatten einmischen darf.

Das Urteil des Bundesfinanzhofs verwundert insbesondere mit Blick auf die vielen Vereine und Stiftungen, die, ohne negative Konsequenzen zu befürchten, in denselben Politikfeldern wie Attac agieren – und dort durchaus tagespolitisch: die Stiftung für Familienunternehmen beispielsweise, die erfolgreich die Einführung einer höheren Erbschaftssteuer für Reiche und Superreiche verhindern konnte. Oder die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik, ein Waffenlobbyist erster Güte, dessen Mitgliedschaft sich aus Vertreter*innen der Rüstungsindustrie, der Bundeswehr und Bundestagsabgeordneten zusammensetzt und der sich auf den Satzungszweck, Achtung, »Förderung der Volksbildung« beruft. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Was nun?

Im nächsten Schritt geht es zurück zum Finanzgericht nach Kassel, das die spannende Aufgabe zu bewältigen hat, sich innerhalb der restriktiven Leitlinien des BFH erneut mit unserem Fall zu befassen. Attac wird den Rechtsweg bis zum Ende ausschöpfen, wenn nötig bis zum Bundesverfassungsgericht. Parallel kämpfen wir gemeinsam mit einem breiten Bündnis anderer Organisationen für eine Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts. Es kann nicht sein, dass die Politik die Beurteilung der Gemeinnützigkeit den Finanzämtern überlässt und sich weiterhin darum drückt, nachvollziehbare und zeitgemäße Kriterien für die Arbeit gemeinnütziger Vereine und Organisationen zu bestimmen und damit das in Sonntagsreden erwünschte zivilgesellschaftliche Engagement zu unterstützen, anstatt es abzuwürgen. Attac sieht keinen Grund, an seiner Arbeit etwas zu ändern, um die vom BFH äußerst einschränkend definierten Kriterien zu erfüllen. Wir werden uns weiterhin für die Regulierung der Finanzmärkte, für gerechten Welthandel, für eine solidarische Gesellschaft und eine gerechte Globalisierung einsetzen!

Stephanie Handtmann, Geschäftsführerin, Attac-Bundesbüro

Sommerakademie 2019 in Bochum

Vom Leben auf Kosten anderer zum guten Leben für alle!

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs: Der globale Kapitalismus mit immer unerträglicheren sozialen und ökologischen Folgen verursacht globale Krisen auf allen Ebenen, und gleichzeitig haben in vielen Ländern nationalistische Bestrebungen, rassistische Ressentiments und autoritäre Regierungsformen an Gewicht gewonnen. Beidem können wir mit progressiven Alternativen begegnen. Dazu brauchen wir neben Mut und Engagement, so wie im Hambacher Forst oder bei der Streikbewegung an den Schulen, fundierte Analysen und Ideen.

Auf der Attac-Sommerakademie in Bochum vom 31. Juli bis 4. August finden alle, denen diese Themen auf den Nägeln brennen, die Gelegenheit, zu lernen und zu diskutieren: In mehr als 100 Seminaren, Workshops und Foren setzen sich die Teilnehmenden mit der neoliberalen Globalisierung auseinander, entwickeln Alternativen weiter und diskutieren neue Positionen. Im Fokus der Debatte stehen dabei Ansätze für einen sozialökologischen Umbau sowie die Themenkomplexe Migration, Rechtsruck, autoritäre Herrschaftsformen und Demokratie. Die Sommerakademie ist ein Kooperationsprojekt mit mehreren Partnern, die ein spannendes Programm garantieren.

Und auch das gemeinsame Feiern kommt nicht zu kurz. Ein vielseitiges kulturelles Programm mit Konzerten, Kleinkunst und Ausstellungen bietet dafür einen schönen Rahmen.

Die Sommerakademie ist zentraler Treffpunkt für Interessierte, Jung und Alt, Aktivist*innen und Interessierte gleichermaßen – wir freuen uns auf Dich!

Mehr Infos zu Programm und Organisation:
www.attac.de/sommerakademie



Attac setzt Bürgerbegehren in Osnabrück durch

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Osnabrück im Jahre 2002: CDU und FDP gewannen die Kommunalwahlen und lösten die damalige Mehrheit von SPD und Grünen im Stadtrat ab. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen schwarz-gelben Koalition war ein Beschluss, die städtische Wohnungsgesellschaft OWG mit 3700 Wohnungen zu verkaufen. Osnabrück lag damit voll im neoliberalen Trend – bundesweit privatisierten in dieser Zeit viele verschuldete Städte ihre Wohnungsgesellschaften in der meist blauäugigen Hoffnung, so die klammen kommunalen Haushalte dauerhaft sanieren zu können.

Die 2002 frisch gegründete Attac-Gruppe hatte ihr erstes großes Thema: Auf unseren Vorschlag hin fanden sich damals SPD, Grüne, DGB und vor allem viele Mieter*innen der OWG in einer Bürgerinitiative zusammen, die mit einem Bürgerbegehren den Verkauf der OWG verhindern wollte. Leider erfolglos.

Noch während der laufenden Unterschriftensammlung beschlossen CDU und FDP den Verkauf. Die OWG ging an die NILEG, eine Tochtergesellschaft der landeseigenen NordLB. Ein ebenfalls am Kauf interessierter Private-Equity-Fonds kam nicht zum Zug. Dies wurde den besorgten Mieter*innen als Garantie verkauft, dass die Wohnungen in öffentlicher Hand bleiben und nicht nach maximalen Renditeerwartungen bewirtschaftet würden. Unsere Warnung, dass der Verkauf an die NILEG der erste Schritt zu einer späteren Übernahme durch private Wohnungskonzerne sein könnte, wurde als abwegig abgetan. Genau so aber kam es: Nach mehreren Eigentümerwechseln landeten die ehemals kommunalen Wohnungen 2015 im Besitz von Vonovia.

Sechzehn Jahre später wird der Spieß jetzt womöglich wieder umgedreht. Im vergangenen Jahr ist ein breites Bündnis entstanden, das mit einem Bürgerentscheid die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft durchsetzen will. Die Initiative dazu ging wie schon 2002 von Attac Osnabrück aus.

Dabei ist die soziale und politische Ausgangslage heute eine andere als 2002. Vor allem hat sich die Situation auf dem lokalen Wohnungsmarkt gegenüber damals deutlich verschärft.

Wie in vielen anderen deutschen Großstädten sind die Mieten in Osnabrück in den letzten Jahren auf breiter Front angezogen, es fehlen tausende Wohnungen für Menschen mit geringen Einkommen. Ein Fünftel der Haushalte muss mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Kaltmiete ausgeben. Fühlten sich vom Verkauf der OWG 2002 in erster Linie die dort wohnenden Mieter*innen betroffen, so ist die Wohnungsmisere heute ein Thema, das große Teile der Stadtbevölkerung beschäftigt.

Das ist auch bei den Parteien im Stadtrat angekommen, die verbal alle für bezahlbaren Wohnraum eintreten. CDU und FDP – wieder knapp in der Mehrheit – sind aber nur zu wenigen regulierenden Eingriffen bereit und setzen ansonsten darauf, Anreize für private Investoren zu setzen nach der Devise »bauen, bauen, bauen«. Die Opposition aus SPD, Grünen und Linken hat in den letzten Jahren mehrfach versucht, im Rat eine kommunale Wohnungsgesellschaft beschließen zu lassen. Das ist aber immer von CDU, FDP und den drei »Kleinen« im Rat abgeschmettert worden.

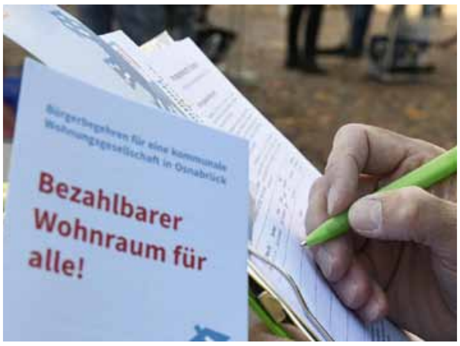


Foto: Hermann Pentermann

Die Attac-Gruppe hatte vor diesem Hintergrund die Idee, mit einem Bürgerentscheid eine kommunale Wohnungsgesellschaft durchzusetzen. Im April 2018 haben wir nach etlichen Vorgesprächen auf einer Veranstaltung unseren Vorschlag vorgestellt. Das Echo war überwältigend –Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden, SPD, Linke, Grüne, DGB, Uni-ASTA und viele kleinere Initiativen kamen und erklärten sich bereit, an der Kampagne mitzuwirken. Aus der Veranstaltung heraus gründete sich eine Bürgerinitiative, die seitdem auf den Bürgerentscheid hinarbeitet.

Als erster Schritt war dazu ein erfolgreiches Bürgerbegehren nötig. Innerhalb von sechs Monaten mussten knapp 10.000 Unterschriften (entspricht 7,5 Prozent der Kommunalwahlberechtigten) gesammelt werden, die den Bürgerentscheid fordern. Die beteiligten Organisationen und viele Einzelpersonen haben seit September 2018 gesammelt: bei Großevents, an Dutzenden Infoständen in den Stadtteilen und im persönlichen Umfeld. Schon Anfang Februar waren die erforderlichen Unterschriften zusammen – am Ende hatten 13.500 Osnabrücker*innen unterzeichnet.

Am 12. März ging es jetzt im Stadtrat weiter. Der hatte nach dem erfolgreichen Bürgerbegehren zwei Möglichkeiten – entweder unsere Forderung zu übernehmen und die Wohnungsgesellschaft zu beschließen oder den Bürgerentscheid einzuleiten. Eine knappe Mehrheit aus CDU, FDP und Co. blieben bei ihrer ablehnenden Haltung und stimmten gegen die Gründung einer Wohnungsgesellschaft. Damit kommt es am 26. Mai (parallel zur Europawahl) zum Bürgerentscheid. Für unser Bündnis beginnt jetzt eine zehnwöchige Phase intensiver Mobilisierungsarbeit. Die Latte für einen erfolgreichen Bürgerentscheid liegt hoch – mindestens 20 Prozent der Kommunalwahlberechtigten müssen mit »Ja« stimmen, und wir müssen die Mehrheit der Abstimmenden gewinnen.

Noch ist nicht ausgemacht, wie das Ganze ausgeht. Unsere Initiative hat aber eine breite wohnungspolitische Diskussion in der Stadt ausgelöst. Es ist großer Druck auf die Parteien entstanden, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen und dies als eine Aufgabe der öffentlichen Hand zu begreifen. Und mit dem Instrument des Bürgerentscheids haben wir einen Weg aufgezeigt, wie Bürger*innen für ihre Interessen selbst aktiv werden können.

Stefan Wilker, Attac Osnabrück

www.bezahlbarer-wohnraum-osnabrueck.de

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Mehr Informationen zum Datenschutz bei Attac unter: www.attac.de/datenschutz

Im April startet die Kampagne »Mach mit bei Attac!«

Das Netzwerk bietet für politisch interessierte Menschen vielfältige Möglichkeiten, sich einzubringen und sich für eine bessere Welt einzusetzen.
Um neue aktive Mitstreiter*innen zu gewinnen, haben wir eine Reihe von attraktiven Materialien und Online-Elementen erstellt, mit denen jeder und jede dafür werben kann, bei Attac mitzumachen oder es zu unterstützen: Ein kleines Büchlein im Hosentaschenformat erläutert die Beweggründe, warum Menschen selbst aktiv werden, für Attac spenden oder Mitglied werden. Ein dreiminütiger Werbefilm beleuchtet die Notwendigkeit von ökonomischer Globalisierungskritik, außerdem werben Statements von Attac-Aktiven in den sozialen Medien für persönliches Engagement!

Alle Materialien und weitere Infos finden sich hier: www.attac.de/mach-mit

»Mach mit bei Attac!«

Eine gerechte Welt braucht Unterstützung!



»Politik ist nicht nur reden, sondern auch machen! Bei Aktionen kommt alles zusammen: Planen, basteln, ausprobieren, und ein konkretes inhaltliches Ziel. Das bringt nicht nur unseren Anliegen viel öffentliche Aufmerksamkeit, sondern auch ein tolles Gefühl von Selbstermächtigung, Wirksamkeit und Gemeinschaft.«
Sabine, 27, lebt in Köln und engagiert sich mit Attac unter anderem gegen die Verschärfung der Polizeigesetze.



»Unsere Arbeit basiert auf ehrenamtlichem Engagement – wer Attac mitgestalten will und bereit dazu ist, kann schnell Verantwortung übernehmen und bundesweit aktiv werden. In den Gremien laufen viele Aktivitäten des Netzwerks zusammen, und die Unterstützung der vielen Gruppen macht mir Spaß.«
Judith, 35, lebt in Oberbayern und ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.



»Mich interessiert vor allem ein Umbau der Gesellschaft, der nicht nur sozial, sondern auch ökologisch ist. In der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft dazu kann ich mich gemeinsam mit Leuten mit demselben Schwerpunkt intensiv damit beschäftigen. Manchmal entstehen daraus sogar bundesweite Kampagnen, an denen sich dann viele andere Attacies beteiligen – so bewegen wir was!«
Thomas, 58, lebt in Düsseldorf und engagiert sich in der Attac-AG Jenseits des Wachstums



»Attac-Mitglied zu sein ist mir wichtig. Es zeigt, wofür ich mich einsetze und dass ich solidarisch mit Attac bin. Meine Mitgliedschaft verleiht den Forderungen von Attac mehr Gewicht, und mein regelmäßiger Mitgliedsbeitrag ist eine wichtige finanzielle Unterstützung, mit der Attac rechnen und planen kann, auch wenn er nicht so hoch ist.«
Carmen, 58, lebt in Frankfurt und ist Attac-Mitglied seit 2015.



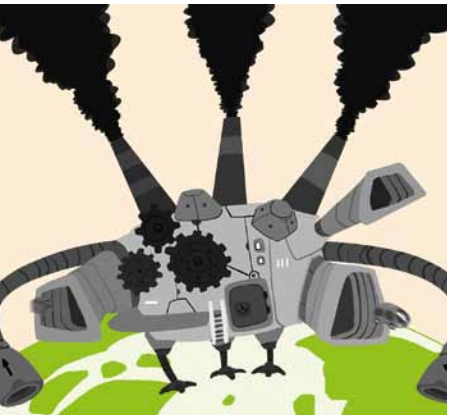
»Ich bin gern vor Ort aktiv. Da kann ich mich flexibel einbringen und auch mit recht wenig Aufwand selbst etwas auf die Beine stellen. Das Miteinander mit den anderen Attacies aus meiner Regionalgruppe macht nicht nur Spaß, sondern die Veranstaltungen, Infostände und Aktionen in unserer Stadt bringen uns auch mit vielen Menschen ins Gespräch.«
Hendrik, 25, bringt sich in der Regionalgruppe Bamberg ein.

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Judith Amler, Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Achim Heier, Hermann Mahler, Jana Mattert
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann



Jetzt erst recht

Druck machen für die sozial-ökologische Wende!

Das Urteil des Bundesfinanzhofes zur Gemeinnützigkeit von Attac hat ein verheerendes Signal für zivilgesellschaftliche Organisationen gesandt. Mit ihm droht das Kräfteverhältnis zwischen Wirtschaftslobbys und kritischer Bürgerschaft weiter zugunsten finanzstarker Konzerne zu kippen. Dem werden wir uns mit aller Kraft entgegenstemmen und uns mit noch mehr Energie für globale Gerechtigkeit und ein gutes Leben für alle Menschen einsetzen.
In den kommenden Monaten werden wir Druck für eine sozial-ökologische Wende machen. Im Zentrum unserer Kampagne unter dem Motto »Einfach umsteigen – klimagerechte Mobilität für alle« stehen vielfältige Aktivitäten für eine Verkehrswende. Denn um den Klimakollaps zu verhindern, brauchen wir den Bruch mit der heutigen Produktions-, Konsum- und Lebensweise. Dazu gehört nicht zuletzt eine andere Verkehrspolitik – weg vom Individualverkehr hin zu intelligenten ressourcenschonenden Verkehrssystemen. Denn der Verkehrssektor ist Deutschlands größter Energieverbraucher und stößt 25 Prozent der Treibhausgase aus. Wir setzen uns ein für einen kostenfreien Öffentlichen Nahverkehr, flankiert vom Ausbau von Fuß- und Radwegen sowie des öffentlichen Schienenverkehrs. **Setz dich mit uns für eine klimagerechte Zukunft ein – Deine Spende hilft uns dabei!**
Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst du uns ganz unkompliziert unterstützen.
Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch.
Der Bundesfinanzhof greift diese Sichtweise in seiner aktuellen Entscheidung auf und hat unsere Klage an die erste Instanz zurückverwiesen; wir sind entschlossen, den Rechtsweg bis zum Ende auszuschöpfen.
Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN
DE57 4306 0967 0800 1008 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort
RBF1901

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE

06

SPENDE

Datum

Unterschrift(en)